



## Eine etwas andere Mitgliederversammlung!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die letzte **Mitgliederversammlung des Ortsvereins Geismar am 21.06.2018 im Gasthaus zur Linde** war bemerkenswert!

Natürlich wurde - wie in jeder Mitgliederversammlung - von den anwesenden Abgeordneten der kommunalen Parlamente über aktuelle Probleme und über Vorhaben der jeweiligen SPD-Fraktionen berichtet. So wurde aus dem Kreistag über Fragen der Schulentwicklung (Nadia Affani ist jetzt übrigens Vorsitzende des Kreisschulausschusses) und der noch ausbaufähigen Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung berichtet. Aus dem Stadtrat berichtete Tom Wedrins von den Auseinandersetzungen über die Finanzierung des KuQua und über die leider derzeit noch ungültige Wahl von Christian Henze zum Ratsvorsitzenden. Im Ortsrat Geismar ging es um verschiedene Verkehrsprojekte und um gelegentliche Abstimmungsprobleme mit der Fraktion der Grünen.

Außerdem wurde über eine Stadtteilbegehung des Ortsvereins am 16.06. auf den ehem. „Zienterrassen“ im Rahmen des Projekts „Vitale Ortsteile“ berichtet.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand jedoch ein kenntnisreiches **Referat von Peter Limpke über die Auswirkungen der Trump´schen „America first“-Politik auf die europäische und die deutsche Wirtschaft.**

Peter, der früher auch als Handelslehrer gearbeitet hat, nahm zunächst eine Begriffsklärung vor und stellte klar, dass jedes Land völlig legal Einfuhr- und Ausfuhrzölle erheben kann und dass dieses Instrument in unterschiedlicher Weise von nahezu allen Staaten - teilweise auch nur zeitlich befristet - angewandt wird. Außerdem können gegen zu hohe Einfuhrzölle anderer Staaten sog. „Vergeltungszölle“ verhängt werden. Dies hat jetzt die Europäische Union und auch China als Reaktion auf die Verhängung von drastischen Einfuhrzöllen durch die US-amerikanische Regierung getan.

Peter erläuterte weiter, dass die USA in der Tat ein Handelsbilanzdefizit gegenüber Deutschland und der EU haben. Allerdings bestehe dieses im Wesentlichen für den Warenverkehr, nicht jedoch für den

Dienstleistungsverkehr. Hier werde nicht bedacht, dass auch Dienstleistungen amerikanischer Firmen in anderen Ländern (z.B. Facebook, Google) in den USA verbucht würden. Im Dienstleistungsverkehr haben die USA gegenüber der EU einen Überschuss.

Waren und Dienstleistungen würden in der sog. „Leistungsbilanz“ zusammengefasst. Seit der Finanzkrise haben die USA gegenüber der EU einen Leistungsbilanzüberschuss. 2017 betrug dieser Überschuss gegenüber der EU nur etwas mehr als 14 Mrd. \$. Gegenüber China hatten die USA jedoch ein Leistungsbilanzdefizit von über 350 Mrd. \$.

Die Abschottungspolitik der US-Regierung ignoriere außerdem, dass große Firmen international agierten. Durch die Einfuhrzölle würde daher der Warenfluss verlangsamt und es würden unweigerlich auch Firmen und Beschäftigte in den USA in Mitleidenschaft gezogen. So werden z.B. die in den USA und auch in China so beliebten SUVs von BMW und Mercedes nahezu ausschließlich in den USA gefertigt, bezögen aber Teile aus vielen anderen Ländern. Daher sei es nahezu zwingend, dass auch durch die Verteuerung der Produkte Arbeitsplätze in der amerikanischen Autoindustrie beeinträchtigt würden. Aktuell wird gemeldet, dass die Firma Harley-Davidson, die überwiegend in den USA produziert und die von den Vergeltungszöllen der EU betroffen ist, ihre Motorradproduktion in den Standorten außerhalb der USA zulasten der Standorte in den USA ausweiten wollen.

Für Europa und Deutschland sei aber China das größere Problem, da damit zu rechnen sei, dass sich die Maßnahmen der chinesischen Regierung auch sehr deutlich auf die europäische und deutsche Wirtschaft auswirken würden. Dagegen seien die US-Zölle auf Stahl und Aluminium zu vernachlässigen, weil in Deutschland praktisch nur hochwertige Stähle hergestellt würden, die z.B. in den USA wegen fehlender Fertigungstechniken gar nicht hergestellt werden könnten, dort aber dringend benötigt würden.

Europa und Deutschland müssen jedoch dringend auf diese Herausforderungen reagieren und eine gemeinsame Strategie für den Umgang mit dieser Situation entwickeln.

An die Ausführungen von Peter schloss sich eine rege Diskussion an, die letztlich nur beendet wurde, weil der Abend schon sehr weit fortgeschritten war. Jedenfalls ein interessanter Abend, der gezeigt hat, dass „große Politik“ auch in Ortsvereinen seinen Platz hat.



Mit solidarischen Grüßen

Euer Vorstand